

Forderung nach Sofortmaßnahmen für den Hitzesommer 2026

Die Ergebnisse der Umfrage zeigen deutlich: Soziale Einrichtungen stoßen bereits heute an ihre Belastungsgrenzen. Die Hitzewelle Ende Juni hat nicht nur die Einrichtungen selbst, sondern auch Pflege, Gesundheitswesen, Rettungsdienste, Kommunen und zahlreiche weitere Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge erheblich belastet. Gleichzeitig machen die Rückmeldungen deutlich, dass kurzfristige organisatorische Maßnahmen allein nicht mehr ausreichen. Es braucht jetzt politische Entscheidungen, um Menschenleben zu schützen und die Funktionsfähigkeit der sozialen Infrastruktur während weiterer Hitzewellen zu sichern.

Nach Schätzungen des Robert Koch-Instituts sind bis zur Kalenderwoche 26 bereits rund 5.120 Menschen an den Folgen extremer Hitze gestorben. Weitere extrem heiße Wochen stehen wahrscheinlich noch bevor. Hitze ist inzwischen das tödlichste Extremwetter in Deutschland. Dennoch fehlen weiterhin ausreichende Vorbereitung, klare Zuständigkeiten und kurzfristige Unterstützung.

Der Paritätische Gesamtverband fordert deshalb ein bundesweites Sofortprogramm für den Hitzesommer 2026.

1. Nationalen Hitzekrisenstab sofort einsetzen

Die Bundesregierung muss unverzüglich einen ressortübergreifenden Hitzekrisenstab einrichten. Dieser soll während Hitzeperioden die Lage bundesweit bewerten, Maßnahmen zwischen Bund, Ländern und Kommunen koordinieren und sicherstellen, dass Schutzmaßnahmen schnell, verbindlich und einheitlich umgesetzt werden.

Hitzewarnungen des Deutschen Wetterdienstes müssen künftig automatisch in abgestimmte Schutzmaßnahmen überführt werden. Der Hitzekrisenstab soll hierfür klare Auslösemechanismen und Handlungsempfehlungen entwickeln, die bei entsprechenden Warnstufen greifen. Extreme Hitze muss endlich als Bevölkerungsschutzaufgabe behandelt werden.

2. Bundesweiten Hitzenotfallfonds auflegen

Bund und Länder müssen einen unbürokratischen Krisenfonds bereitstellen, damit Kommunen, Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, soziale Träger und Hilfsorganisationen notwendige Schutzmaßnahmen sofort finanzieren können. Der Fonds soll unter anderem Kühltechnik, Trinkwasserversorgung, Verschattung, zusätzliche Personalressourcen sowie weitere

hitzebedingte Mehrkosten abdecken. Lebensrettender Hitzeschutz darf nicht an fehlenden finanziellen Mitteln scheitern.

3. Besonders gefährdete Menschen und systemrelevante Einrichtungen jetzt schützen

Besonders gefährdete Menschen, darunter ältere Menschen, Pflegebedürftige, Menschen mit Behinderungen, chronisch erkrankte Personen, wohnungslose Menschen, Kinder, Schwangere sowie Menschen mit psychischen Erkrankungen, benötigen während Hitzewellen einen verlässlichen und aktiven Schutz. Bund, Länder und Kommunen müssen deshalb kurzfristig Maßnahmen finanzieren und koordinieren, die besonders gefährdete Menschen gezielt erreichen und unterstützen.

Dazu gehören aufsuchende Hilfen, Telefonketten, Hitzepatenschaften, mobile Unterstützungsteams sowie der Ausbau klimatisierter Schutz- und Aufenthaltsorte. Hitzeschutz darf nicht davon abhängen, ob Menschen selbst in der Lage sind, Warnungen wahrzunehmen oder geeignete Schutzmaßnahmen zu organisieren.

Gleichzeitig müssen soziale Einrichtungen, Krankenhäuser, Rettungsdienste und weitere Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge personell, organisatorisch und finanziell so ausgestattet werden, dass sie auch während extremer Hitze eine sichere Versorgung gewährleisten können. Wer die verletzlichsten Menschen schützt, darf mit den Folgen der Hitzekrise nicht allein gelassen werden.

Unser Appell

Die Hitzekrise ist keine Zukunftsfrage mehr. Sie kostet bereits heute Menschenleben und bringt unser Gesundheits- und Sozialsystem an seine Grenzen. Die Ergebnisse unserer Umfrage verdeutlichen, was viele Beschäftigte seit Wochen erleben: Ohne sofortige Unterstützung drohen weitere Überlastung, Versorgungslücken und vermeidbare Todesfälle.

Die Bundesregierung, die Länder und die Kommunen müssen jetzt handeln. Die notwendigen Instrumente sind bekannt. Es fehlt nicht an Wissen, sondern an Tempo und politischem Willen. Jeder weitere Tag des Zögerns erhöht das Risiko für die Gesundheit und das Leben tausender Menschen.